

Thesenpapier zum 2. Expertenforum „Innere Einheit“

Bestandsaufnahme

1. Bei der Zustimmung systemoppositioneller Parteien fallen im Ost-West-Vergleich bis heute zum Teil deutliche Unterschiede auf. Dies zeigt sich vor allem am Beispiel der PDS bzw. der LINKEN, innerhalb der bestimmte Gruppierungen, wie die Kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum, als extremistisch beurteilt werden können. In Ostdeutschland konnte die linke Kraft bereits bei der ersten Bundestagswahl Fuß fassen, in Westdeutschland spielt sie hingegen bis heute eine untergeordnete Rolle. Die rechtsextremen Parteien finden seit der Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland größeren Wählerzuspruch als in Westdeutschland – zuvor war Gegenteiliges der Fall.
2. Ehemalige Nichtwähler – seit der Jahrtausendwende verstärkt Arbeitslose und Bürger mit einem geringeren Bildungsgrad – spielen bei der Wahl systemoppositioneller Parteien eine überdurchschnittliche Rolle. Während die Wähler im Bereich des Rechtsextremismus eine sehr heterogene Alters- und Geschlechtsstruktur aufweisen, liegt im Bereich des Linksextremismus eine relativ homogene Wählerstruktur vor.
3. Für die Erfolge systemoppositioneller Parteien gibt es vielfältige Ursachen. Die PDS bzw. die LINKE profitiert in Ostdeutschland vor allem von der verbreiteten paternalistischen Erwartungshaltung der Bevölkerung – in Westdeutschland wirken besonders die Sozialpolitik der „Agenda 2010“ und die Person Oskar Lafontaine anziehend auf die Wählerschaft. Bei der NPD, der DVU und den REP begünstigt die relativ schwach ausgeprägte Bürgergesellschaft in den neuen Bundesländern den Wählerzuspruch.
4. Das Ausmaß politisch motivierter Gewalt ist seit den 1990er Jahren insgesamt gestiegen. Dabei hat die Gewalt mit rechtsextremistischem Hintergrund besonders zu Beginn der 1990er Jahre zugenommen. Zwischen links- und rechtsextremistisch motivierter Gewalt besteht eine Interaktionsdynamik, d.h. ein Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalt provoziert zugleich ein Ansteigen linksextremistisch motivierter Gewalt.

Fazit: Mit Blick auf die Wahl systemoppositioneller Parteien zeigen sich im Ost-West-Vergleich zum Teil bis heute Unterschiede im Wahlverhalten. Ursächlich hierfür ist unter anderem die geringere Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland, die eine Zustimmung für extremistische Parteien begünstigt.

Handlungsempfehlungen

1. Der Stimmenanteil systemoppositioneller Kräfte ist seit der Wiedervereinigung gestiegen, allerdings nur sofern die PDS bzw. die LINKE als eine systemoppositionelle Partei angesehen wird. Einerseits gelten ihr Aufbau und innerer Prozess als demokratisch, andererseits duldet sie etwa mit der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum extremistische Gruppierungen, was an der Verinnerlichung der Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates zweifeln lässt. Die PDS bzw. die LINKE sollte weder als Gefahr für den Bestand der bundesdeutschen Demokratie noch als eine ihrer Stützen wahrgenommen werden.
2. Seit der Jahrtausendwende neigen vor allem Arbeitslose und Menschen mit einem relativ schwachen Bildungsgrad systemoppositionellen Kräften zu. Die Bekämpfung dieser Ursachen, d.h. etwa die Minderung von Arbeitslosigkeit und ein verbesserter Zugang zu Bildung für alle sozialen Schichten, kann zu einer Verringerung systemoppositionellen Wählerpotenzials beitragen. Es gilt, das Konsolidierungsniveau systemloyaler Akteure gegenüber systemoppositionellen Strömungen zu stärken.
3. Die LINKE muss als gesamtdeutsche Partei erfasst und beurteilt werden. Die Rückkopplung der LINKEN auf spezifisch ostdeutsche Probleme und Sozialisationen greift bei der Beurteilung ihrer Systemloyalität zu kurz.
4. Die LINKE findet seit den letzten drei Bundestagswahlen auch bei den westdeutschen Wählern zunehmend Zuspruch. Sie ist keine „reine“ ostdeutsche Partei mehr, so dass auch vielfältige Lebensbedingungen, die ihren Wählerzuspruch begünstigen, einbezogen werden müssen.
5. Die Vorstellung von Demokratie ist innerhalb der Bundesrepublik nicht einheitlich. In Ost- und Westdeutschland bestehen bei der Anerkennung von Demokratie bis heute unterschiedliche Vorstellungen. Dies sollte stärker berücksichtigt werden. Zudem darf die westliche Vorstellung von Demokratie nicht pauschal als Maßstab für den Vergleich unterschiedlichster politischer Systeme herangezogen werden.
6. Eine geringe Demokratiezufriedenheit sowie ein geringes Institutionenvertrauen korreliert mit einem verstärkten Auftreten extremistischer Strömungen. Um systemoppositionelle Gesinnungen zu mindern, ist es entscheidend, die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen zu fördern. Hierzu sollte der Blick vor allem auf die Erfolge des Einigungsprozesses gerichtet werden anstatt allein auf Defizite zu verweisen.
7. Die bundesdeutsche Demokratie sollte sowohl gegenüber rechts- als auch gegenüber linksextremistischen Tendenzen abwehrbereit bleiben. Der antiextremistische Grundkonsens sollte wieder gestärkt werden.

8. Die Umfrageforschung leistet einen wichtigen Beitrag zur Messung extremistischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung. Zu beachten ist jedoch, dass die Umfragewerte bedingt den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Sie machen auf Probleme im Bereich des Extremismus aufmerksam, tragen aber nicht zu deren Lösung bei. Parallel zur Umfrageforschung sollte deshalb die Entwicklung von Ansätzen zur Eindämmung bzw. Bekämpfung systemoppositioneller Gesinnungen stärker Berücksichtigung finden.
9. Wenngleich systemoppositionelle Einstellungen im Ost-West-Vergleich in den neuen Bundesländern verbreiteter sind, stellt dies nicht nur ein ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Problem dar. Dieser Umstand wird zu wenig gesehen.